

Bremische Bürgerschaft

Landtag

21. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde der 13. Sitzung

**Anfrage 1: Wie schlagkräftig ist das Referat 24 beim Senator für Inneres und Sport?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Marco Lübke, Frank Imhoff
und Fraktion der CDU
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Vollzeitstellen (VZE) arbeiten aktuell (Stichtag 1. April 2024) beim Referat 24 des Senators für Inneres und Sport und für welche Aufgaben ist das Referat 24 in Abgrenzung zum Migrationsamt konkret zuständig?
2. Wie viele Rückführungen im Jahr 2023 wurden durch das Referat 24 und wie viele durch das Migrationsamt eingeleitet und durchgesetzt?
3. Inwieweit erachtet der Senat das eigens geschaffene Referat 24 zur Intensivierung der Rückführungsangelegenheiten in Anbetracht der durchgeführten Rückführungen im Jahr 2023 noch für sinnvoll?

**Anfrage 2: Förderung der Begrünung von Fassaden im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Derik Eicke, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Vorteile bietet die Begrünung von Fassaden für das Raumklima der Innenräume, die Biodiversität, den Klimaschutz etc.?
2. Wie beurteilt der Senat nach einem Jahr den Erfolg des „Förderprogramms für die Gewährung von Zuschüssen bei der Begrünung von Fassaden im Land Bremen“?
3. Welche Hindernisse und Probleme sind dem Senat bei der Umsetzung von vertikaler Begrünung im Land Bremen bekannt?

**Anfrage 3: Riskanter Lachgaskonsum unter Jugendlichen
Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Selin Arpaz, Falko Bries,
Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die Verbreitung von Lachgas als Partydroge und Rauschmittel unter Jugendlichen im Land Bremen und ist, wie in anderen Städten, ein Anstieg des Konsums festzustellen?
2. Inwiefern wird im Rahmen von Präventions- und Informationsangeboten über die Risiken beim Lachgaskonsum aufgeklärt und welche Angebote richten sich dabei gezielt an Jugendliche beziehungsweise Schüler:innen?
3. Wie bewertet der Senat die Beispiele des reglementierten Verkaufs von Lachgas an Minderjährige in den Niederlanden oder Großbritannien?

**Anfrage 4: Bemühungen des Senats zur Vorbereitung eines AfD-Verbots
Anfrage des Abgeordneten Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit hat sich der Senat seit dem Beschluss Nummer 21/166 der Bürgerschaft (Landtag) vom 14. März 2024 auf der Bundesebene dahingehend eingesetzt, dass die Landesämter sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Materialsammlung zur AfD zusammentragen, die Belege über verfassungsfeindliche Ausrichtungen enthält und eine solide Prüfung ermöglicht, inwieweit die Partei darauf ausgeht, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder inwieweit der Bestand der Bundesrepublik Deutschland durch sie gefährdet wird?
2. Inwieweit hat sich der Senat seit dem zuvor genannten Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) auf der Bundesebene dahingehend eingesetzt, dass ein vereinsrechtliches Verbot der „Jungen Alternative“ geprüft wird?
3. Welche weiteren Schritte plant der Senat und inwieweit wird er dabei durch die deutliche Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts in Münster zur Einstufung der AfD als Verdachtsfall vom 13. Mai 2024 bestärkt?

Anfrage 5: Wie schnell kann die notwendige Entbürokratisierung im Land Bremen gelingen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Mai 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche Initiativen plant oder unterstützt der Senat auf Bundesebene, um den notwendigen Bürokratieabbau, der insbesondere von kleinen und mittelständischen Unternehmen eingefordert wird, zu beschleunigen?
2. Inwieweit und in welcher Form findet das Thema „Entbürokratisierung“ – im Sinne von Abbau von unnötigen, aber zeitintensiven bürokratischen Lasten für Unternehmen – im Transformationsrat Berücksichtigung?
3. Welche konkreten Maßnahmen sind für die Identifizierung von Reduktionsmöglichkeiten, beispielsweise bei Genehmigungsverfahren, Statistikpflichten oder Datenabfragen, für das Jahr 2024 geplant?

Anfrage 6: Fälle von Straftaten gegen Betriebsverfassungsorgane und ihre Mitglieder, sogenannte Union-Busting

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Maja Tegeler, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 23. Mai 2024

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Fällen wurde seitens der Bremer Strafverfolgungsbehörden in den Jahren 2020 bis 2024 wegen Straftaten nach § 119 Betriebsverfassungsgesetz ermittelt und in wie vielen dieser Verfahren wurde Anklage erhoben?
2. Was war in diesen Fällen der Ausgang des Verfahrens? Einstellungen bitte nach Einstellungsgrund differenzieren.
3. Welche Abteilung der Bremer Staatsanwaltschaft ist für die Bearbeitung dieser Fälle verantwortlich und wie bewertet der Senat die personelle Ausstattung dieser Abteilung?

Anfrage 7: Wie viele Arbeitsplätze werden durch die geplante Werkstatt des Expresskreuzes Bremen-Niedersachsen (EBN-Servicecenter) wirklich neu geschaffen?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 23. Mai 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie wird bei künftig nur 34 zu wartenden und instand zuhaltenden Triebzügen der im Vergleich zu anderen Eisenbahnwerkstätten erstaunlich hohe Bedarf von 100 neuen Arbeitsplätzen (Vollzeitstellen) im EBN-Servicecenter begründet, welcher sich in einer Vielzahl von Dokumenten zum EBN-Servicecenter finden lässt?
2. Hat sich ALSTOM, angesichts des Umstandes, dass von Teilen der Regierungskoalition diese Arbeitsplätze als das ausschlaggebende Kriterium bei der Standortwahl angeführt werden, zur Schaffung dieser Arbeitsplätze verbindlich verpflichtet?
3. Welche Kapazität zur Wartung und Instandhaltung von wie vielen Zügen hat die geplante Bahnwerkstatt des EBN-Servicecenters und welcher Puffer für künftige Anforderungen wurden bei der Bemessung berücksichtigt?

**Anfrage 8: Überlastet das künftige EBN-Servicecenter den Bahnknoten Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Warum ist bislang die Kapazitätsbetrachtung des Bahnknotens Bremen zu den Häfen und den Stahlwerken nicht Gegenstand der Planfeststellungsunterlagen des EBN-Servicecenters und wird anscheinend entgegen der festen Zusage der damaligen Verkehrssenatorin am 26. Januar 2023 in der mündlichen Fragestunde im Landtag nicht im laufenden Planfeststellungsverfahren abgeprüft?
2. Wie wurden die Unternehmen in den Industriebahnhöfen sowie im Holz- und Fabrikenhafen aktiv in die Planungen eingebunden und wie wurde sichergestellt, dass deren zukünftige trimodale Erreichbarkeit mit Bahn, Schiff und Lkw auch eine Wachstumsperspektive umfasst?
3. Welche Überlegungen gibt es und welche Maßnahmen werden in den Planungen ergriffen, um den Bahnknoten Bremen für das nicht präzise zu beziffernde Verkehrsaufkommen der Zukunft maximal resilient zu halten?

**Anfrage 9: Treffen zur Bekämpfung des Drogenschmuggels in Hamburg
am 7. Mai 2024
Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Nahmen auch Vertreter aus dem Land Bremen an dem Treffen zwischen Innenministerin Faeser und Vertretern von Politik, Polizei und Zoll aus mehreren europäischen Ländern zur Bekämpfung des Drogenschmuggels teil und wenn nein, warum nicht?
2. Ist Kokainschmuggel über die bremischen Überseehäfen laut Ansicht des Senats ein Problem und falls ja, welche Strategie verfolgt der Senat gegen Drogenschmuggel über die bremischen Überseehäfen?
3. Hält der Senat EU-weiten und übergreifenden Austausch für sinnvoll und wenn ja, strebt er an bei künftigen Treffen dieser Art dabei sein?

**Anfrage 10: Wohnortnahe Versorgung werdender Eltern
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die wohnortnahe Versorgung werdender Eltern im Land Bremen?
2. Welche Optimierungspotenziale werden gesehen und welche Maßnahmen plant der Senat, um (niedrigschwellige) Angebote weiter auszubauen?
3. Wie ist der aktuelle Stand bei der Einrichtung weiterer Hebammen-Zentren im Land Bremen und wann und wo genau werden weitere Standorte realisiert?

**Anfrage 11: Die Bezahlkarte – wie weit sind wir auf dem Weg zur Einführung?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wann wird die erste Bezahlkarte in Bremen ausgegeben?
2. Wird der Senat sich dafür einsetzen, dass für die Bezahlkarte bundesweit möglichst gleiche Rahmenbedingungen gelten und wenn nicht, warum nicht und sind bereits konkrete Abweichungen geplant?
3. Von wie vielen Unternehmen wird die Bezahlkarte in Bremen anerkannt und was unternimmt der Senat, um dafür zu werben, dass möglichst viele Unternehmen die Bezahlkarte akzeptieren?

**Anfrage 12: Schutz weiblicher unbegleiteter minderjähriger Ausländer (umA) vor sexuellen Übergriffen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland
vom 23. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Ausländerinnen waren zum 30. Mai 2024 in der Erstaufnahmeeinrichtung für geflüchtete minderjährige Mädchen (MEA) untergebracht und welche Staatsbürgerschaft hatten diese Personen?
2. Wie viele Fälle körperlicher oder sexualisierter Gewalt in der MEA zum Nachteil der Bewohnerinnen sind im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2020 und dem 30. April 2024 bekannt geworden? Bitte differenziert nach Gewaltdelikten und Jahren ausweisen.
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um die in der MEA untergebrachten Mädchen vor Gewaltübergriffen zu schützen?

**Anfrage 13: Sorgt der Senat Bovenschulte für eine finanzielle Mehrbelastung durch die Überschreitung der Quote unbegleiteter minderjähriger Ausländer?
Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 27. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch sind die jährlichen Kosten, pro unbegleiteten Minderjährigen Ausländer in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven seit 2020?
2. Wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer wurden im Land Bremen, über die Verpflichtung im Rahmen des Königsteiner Schlüssels hinaus, jährlich seit 2020 aufgenommen?
3. Inwieweit erachtet der Senat die Übererfüllung der Aufnahmequote für Geflüchtete als angemessen in Anbetracht der sehr angespannten Haushaltslage Bremens?

**Anfrage 14: Schießstand vom Innensenator nicht in Schuss gehalten
Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 28. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Stunden wurde die Schießanlage des privaten Schützenvereins in der Bremer-Neustadt bislang von der Polizei Bremen jeweils in den Jahren 2023 und 2024 (bis zum Stichtag 15. Mai 2024) angemietet, was kostet die Anmietung pro Stunde und welche Summe ist insgesamt bisher aufgelaufen?
2. Inwieweit sind die finanziellen Mittel zur künftigen Anmietung der Schießbahn des privaten Schützenvereins zur Teilkompensation der gesperrten Schießbahn der Bremer Polizei im Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 hinterlegt?
3. Inwieweit erachtet der Senator für Inneres und Sport die seit knapp einem Jahr andauernde Anmietung der Schießanlage eines privaten Schützenvereins, um weiter die Schießübungen für die Polizei anbieten zu können als sinnvoll in Anbetracht der dadurch anfallenden horrenden Mietkosten und des Sanierungsbedarfes, der mit den Mitteln bereits in Teilen hätte gedeckt werden können?

**Anfrage 15: Überprüfung des Bremischen Polizeigesetzes auf seine Verfassungsmäßigkeit
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wann wurde das Gutachten zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der §§ 41 bis 44 des Bremischen Polizeigesetzes (BremPolG) durch den Senator für Inneres und Sport in Auftrag gegeben, wie er es in der Fragestunde des Landtags am 18. April 2024 angekündigt hatte?
2. Wann ist mit dem Ergebnis der Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der oben genannten Normen zu rechnen in Anbetracht des baldigen Auslaufens der zeitlichen Befristung der Normen bis zum 30. Juni 2024?
3. Sollte das Gutachten bereits vorliegen, welches Ergebnis hatte die Überprüfung der Normen hinsichtlich ihrer Verfassungsmäßigkeit?

**Anfrage 16: Was passiert beim Außerkrafttreten der §§ 42 bis 45 Bremisches Polizeigesetz am 30. Juni 2024?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 29. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Nachdem § 152 des Bremischen Polizeigesetzes (BremPolG) das In- und Außerkrafttreten einzelner Normen des Polizeigesetzes regelt, was passiert mit den Maßnahmen aus §§ 42 bis 45 BremPolG mit Ablauf des 30. Juni 2024?
2. Inwieweit plant der Senat die Verlängerung der benannten Maßnahmen aus dem Bremischen Polizeigesetz und wann wird er hierfür das Gesetz in die Bremische Bürgerschaft einbringen?
3. Welche Nachteile würden der Polizei im Land Bremen sowie der Bevölkerung Bremens entstehen, sollte eine Verlängerung nicht mehr rechtzeitig eingebracht werden?

**Anfrage 17: Wer hat Zugriff auf die Lernplattform „itslearning“?
Anfrage der Abgeordneten Yvonne Awerwieser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 30. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche einzelnen Stellen innerhalb der öffentlichen Verwaltung Bremens und Bremerhavens haben grundsätzlich Zugang auf die durch die Schulen genutzte Lernplattform „itslearning“ und in welcher Gestalt interagieren diese hierbei jeweils mit Schülern sowie dem pädagogischen Personal der öffentlichen Schulen in Bremen und Bremerhaven?
2. Nach welchen nachvollziehbaren Kriterien und zu welchem übergeordneten schulischen Zweck wurde besagten behördlichen Stellen jeweils Zugang auf die Lernplattform „itslearning“ gewährt und welche Stelle entscheidet letztlich über diesen Vorgang?
3. Welche Art und in welchem Umfang haben skizzierte behördliche Stellen bisher jeweils digitale Inhalte zur Lernplattform „itslearning“ hinzugefügt, auf welche auf „itslearning“ verfügbaren Informationen haben sie im Gegenzug für ihre behördlichen Tätigkeiten zugegriffen und inwiefern geschieht dies jeweils unter Kontrolle der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit?

**Anfrage 18: Rassismus an Grundschulen
Anfrage der Abgeordneten Holger Fricke, Jan Timke und Fraktion Bündnis Deutschland
vom 31. Mai 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele rassistisch motivierte Übergriffe verbaler oder körperlicher Art an Grundschulen im Land Bremen sind im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 30. Mai 2024 bekannt geworden? Bitte getrennt nach Jahren, Delikten sowie Bremen und Bremerhaven ausweisen.
2. Welche Staatsbürgerschaft hatten die Opfer der rassistisch motivierten Übergriffe aus Frage 1, welche die Täter? Bitte die Zahlen getrennt nach Jahren sowie Bremen und Bremerhaven aufschlüsseln.
3. Welche Präventionsmaßnahmen werden ergriffen, um rassistische Übergriffe an Grundschulen im Land Bremen zu verhindern?

Anfrage 19: Wie kam es zur rechtswidrigen Großkontrolle der Bremer Polizei gegen Fans des FC Bayern im Jahr 2023?

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion DIE LINKE vom 3. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wann und auf wessen Veranlassung wurde entschieden, nach einem Spiel des FC Bayern im Weserstadion etwa 400 Gästefans über mehrere Stunden auf der Autobahnraststätte bei Achim einer verdachtsunabhängigen Großkontrolle zu unterziehen, die jüngst vom Amtsgericht für rechtswidrig erklärt worden ist?
2. In welcher Weise flossen die gerichtlichen Entscheidungen von 2019 (betreffend die Polizei Bremen) und 2024 (betreffend die Polizei Wolfsburg) in die Einsatzplanung und -Durchführung ein, bei denen ähnlich gelagerte, pauschale Großkontrollen gegen Werderfans im Nachhinein ebenfalls für rechtswidrig erklärt worden sind?
3. Inwiefern wurden die im Rahmen der für rechtswidrig erklärten Kontrolle erstellten polizeilichen Video- und Fotoaufnahmen der kontrollierten Personen zwischen ihrer Aufnahme und dem Urteil des Amtsgerichtes strafprozessualen oder zivilrechtlich verwertet?

Anfrage 20: Kommunale Beamte und Angestellte aus Bremerhaven ins Referat 24 des Senators für Inneres und Sport?

Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 4. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist die Aussage von Innensenator Mäurer in der Deputation für Inneres am 16. Mai 2024 zu verstehen, dass Abschiebungen zukünftig zentral im Referat 24 des Senators für Inneres und Sport erfolgen sollen unter Hinzuziehung des Personals des Bremer Migrationsamtes sowie der Bremerhavener Ausländerbehörde, inwieweit ist eine Abordnungen oder Versetzungen kommunaler Beamter oder Angestellter aus Bremerhaven nach Bremen für wie lange geplant und sollte dies geplant sein, mit wem wurde dieses Vorhaben wann in Bremerhaven abgestimmt?
2. Inwieweit kann ein kommunaler Beamter oder Angestellter aus Bremerhaven in eine Landesbehörde abgeordnet/versetzt werden, ist diese Abordnung/Versetzung seitens des Beamten/Angestellten zustimmungspflichtig und kommt auch eine dauerhafte Übernahme infrage?
3. Wie wird diese Abordnung/Versetzung aus einer kommunalen Behörde in eine Landesbehörde finanziell geregelt und wird der Kommune Bremerhaven die fehlende Arbeitskraft erstattet und die Bezüge sodann aus dem Landeshaushalt bezahlt?

Anfrage 21: Transparenz bezüglich der Unterbringung geflüchteter Personen im Land Bremen

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 4. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Welche Unterkünfte im Land Bremen beherbergten zum Stichtag 31. Mai 2024 wie viele geflüchtete Personen?
2. Wie lang ist aktuell (Stichtag 31. Mai 2024) die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Bewohner in den jeweiligen Einrichtungen nach Staatsangehörigkeit (die übliche Verwendung der Rubrik „Sonstige“ bitte ebenfalls nach Ländern aufschlüsseln)?
3. Wie viele der im Land Bremen untergebrachten Flüchtlinge in den jeweiligen Einrichtungen wurden in den Jahren 2020 bis heute (Stichtag 31. Mai 2024) jeweils innerhalb eines Jahres in eine eigene Wohnung vermittelt oder fanden selbst eine Wohnung (bitte getrennt angeben)?

Anfrage 22: Gruppenvergewaltigungen auch im Land Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 4. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Vergewaltigungen, an denen mehr als ein Täter beteiligt waren, gab es in den Jahren 2022, 2023 und 2024 im Land Bremen (bitte getrennt für beide Stadtgemeinden angeben)?
2. Für wie viele der Taten konnten Tatverdächtige ermittelt werden und wie viele davon wurden in den jeweiligen Jahren verurteilt (bitte auch in Prozent angeben)?
3. Welche Staatsangehörigkeit haben die Tatverdächtigen?

Anfrage 23: Gewährleistet der Bremer Senat auch zukünftig die offene Kommunikation an unseren Schulen?

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Awerwieser, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 5. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern begrüßt der Bremer Senat die auf Initiative von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit breiter Mehrheit durch die Hamburgische Bürgerschaft beschlossene Änderung des Hamburgischen Schulgesetzes, durch welche es dortigen Schülern zukünftig in der Schule und bei Schulveranstaltungen jeder Art grundsätzlich untersagt ist, das Gesicht, etwa durch das Tragen eines Niqabs oder einer vergleichbaren Gesichtsverschleierung, zu verhüllen?
2. Inwiefern erachtet der Bremer Senat die hierbei vorgebrachte Argumentation als schlüssig und nachvollziehbar, nach welcher der innerschulische Bildungsprozess maßgeblich auf offenem Austausch sowie offener Kommunikation fußt, bei welcher unbedingt die Möglichkeit bestehen sollte, die Mimik und Gestik des Gegenübers lesen zu können und dass das Tragen eines Niqabs oder einer vergleichbaren Gesichtsverschleierung diesen Grundsatz konterkariert?
3. Inwiefern strebt der Bremer Senat folglich eine entsprechende Änderung des Bremischen Schulgesetzes (BremSchulG) an, mit dem Zweck, eine hinreichend bestimmte Gesetzesnorm zu schaffen, welche die offene Kommunikation zwischen Schülern und Lehrkräften auch zukünftig gewährleistet, indem ein Verbot der Gesichtsverschleierung in der Schule und bei Schulveranstaltungen im Land Bremen auf formalgesetzlicher Ebene verankert wird?

Anfrage 24: Landesnichtaufnahmeprogramm Afghanistan?

Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion DIE LINKE vom 5. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Anträge wurden im Rahmen des Landesaufnahmeprogramms Afghanistan gestellt und wie viele Personen werden insgesamt von diesen Anträgen umfasst?
2. Wie ist der aktuelle Stand der Anträge (bitte differenzieren nach Vorabzustimmungen erteilt, endgültig abgelehnt, nachgeforderte Unterlagen, Verpflichtungserklärungen unzureichend)?
3. Wie viele Personen werden nach aktuellem Stand absehbar über das Landesaufnahmeprogramm in Bremen einen sicheren Hafen finden können und wie bewertet der Senat diese Zahl?

Anfrage 25: Personalausstattung der Bremer Justiz nach PebbSy

Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 11. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist die aktuelle Personalquote (Stichtag 1. Juni 2024) nach dem Personalbedarfsrechnungssystem „PebbSy“ in Zivil- und Strafsachen am Bremer Landgericht jeweils?
2. Wie hoch ist die aktuelle Personalquote (Stichtag 1. Juni 2024) nach dem Personalbedarfsrechnungssystem „PebbSy“ bei der Staatsanwaltschaft Bremen?
3. Wie hat sich die pro Kopf-Erledigungszahl der Richter beim Landgericht Bremen sowohl in Zivil- als auch in Strafsachen von 2022 auf 2023 entwickelt?

Anfrage 26: Tagesablauf und Freizeitgestaltung von Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangwohnheimen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie gestalten Geflüchtete ihren Alltag in den Unterkünften und welche Möglichkeiten werden ihnen zur Verfügung gestellt, um ihren Tag sinnvoll zu füllen?
2. Welche Aktivitäten und Programme werden Geflüchteten in Erstaufnahmeeinrichtungen angeboten, um ihre Zeit zu gestalten?
3. Welche Unterschiede bestehen im Tagesablauf und den angebotenen Möglichkeiten zwischen Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergangwohnheimen für Geflüchtete und inwiefern gibt es gleiche Vorgaben für alle Träger von Unterbringungseinrichtungen?

Anfrage 27: Werden Bemühungen, eine Wohnung zu finden, im Rahmen der Bewährungshilfe als Arbeitsleistung angerechnet?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit wurde die Tilgungsverordnung im Land Bremen in den letzten drei Jahren geändert und wenn ja, aus welchen Gründen?
2. Inwiefern werden nach etwaiger Änderung der Tilgungsverordnung nun bei wohnungslosen Personen Bemühungen eine Wohnung zu finden als Arbeitsleistung angerechnet?
3. Welche Gründe sprechen aus Sicht des Senats gegebenenfalls für ein solches Vorgehen?

Anfrage 28: Schließt sich der Innensenator der Bundesinnenministerin an und schiebt künftig auch nach Afghanistan und Syrien ab?
Anfrage der Abgeordneten Dr. Wiebke Winter, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2024

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit kommen für den Bremer Senat künftig auch Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien in Betracht?
2. Welche Hinderungsgründe sieht der Bremer Senat, die eine Rückführung nach Syrien und Afghanistan bei schwerkriminellen Personen und Gefährdern aktuell noch erschweren und was tut der Senat, um diese zu überwinden?
3. Welche Länder in der EU schieben nach Kenntnis des Senats derzeit nach Syrien und Afghanistan ab?

**Anfrage 29: Landesmindestlohn überflüssig?
Anfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues, Theresa Gröninger, Frank Imhoff und
Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat den Umstand, dass der bremische Landesmindestlohn im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 1. November 2024 mit 12,29 Euro (brutto) je Zeitstunde unter dem Bundesmindestlohn von 12,41 Euro (brutto) je Zeitstunde liegt und welche Ursachen hat dies?
2. Inwiefern führt dieser Umstand dazu, dass der Senat die Abschaffung des Landesmindestlohns in Erwägung zieht, die Arbeit der Sonderkommission Mindestlohn (SoKoM) im Zeitraum vom 1. Januar 2024 bis zum 1. November 2024 für obsolet erachtet und das dort beschäftigte Personal gewinnbringend in anderen Bereichen einsetzt?
3. Wie hoch schätzt der Senat den Aufwand ein, die Gehälter der Beschäftigten im Konzern Bremen, die in die unterste Entgeltgruppe des TV-L mit einem Bruttostundenlohn von derzeit 12,29 Euro fallen, an das Niveau des Bundesmindestlohns anzupassen und wie wird dies in anderen Bereichen, die unter den Landesmindestlohn fallen (zum Beispiel Hochschulen, Beteiligungsbetrieben, Zuwendungsempfängern und öffentlichen Auftragnehmern) gehandhabt?

**Anfrage 30: Wie bereiten sich die Krankenhäuser im Land Bremen auf Notfallereignisse vor?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 11. Juni 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Über welche Vorgaben und Handlungsempfehlungen zur Krankenhausalarm- und Einsatzplanung verfügt das Land Bremen und mit welchen Akteuren werden diese abgestimmt?
2. Welche Kenntnis hat der Senat, ob die Alarm- und Einsatzpläne in den Krankenhäusern im Land Bremen aktuell und vollständig sind und wann sie geübt werden?
3. Wie sind die Krankenhäuser im Land Bremen aus Sicht des Senats auf die medizinische Bewältigung einer Gefahrenlage und eines Notfalls mit einer größeren Anzahl von Verletzten vorbereitet, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern?

**Anfrage 31: „Pseudowissenschaft im Namen der Universität Bremen durch einen ‚Familienberater‘?“
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 11. Juni 2024**

Wir fragen den Senat:

1. In Selbstdarstellung bezeichnet sich ein selbsternannter Familienberater als „Leiter der Forschungsgruppe PETRA“ und „Leiter der Arbeitsgruppe Kindeswohl an der Universität Bremen“ Wann war er in diesen Funktionen an der Universität Bremen tätig?
2. In welcher Form hat dieser jemals im Auftrag des Senats (Soziales, Gesundheit, Wissenschaft, Justiz, Polizei) sowie nachgeordneter Einrichtungen (zum Beispiel Jugendämter) und Instanzen Beratungen, Weiterbildungen, Vorträge und ähnliches bezahlt mit öffentlichen Geldern gearbeitet?
3. Wie bewertet der Senat die Pseudowissenschaft des sogenannten Parental Alienation Syndroms (PAS) als veraltete Argumentation für strittige Sorgerechtsfälle angesichts heute noch praktizierter Rechtsprechung an Familiengerichten und längst wissenschaftlich nachgewiesener Nichthaltbarkeit des Syndroms?

**Anfrage 32: Flüchtlinge und Arbeitsmarkt in Bremen (1)?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 12. Juni 2024**

Die Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 33: Flüchtlinge und Arbeitsmarkt in Bremen (2)?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 12. Juni 2024**

Die Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.

**Anfrage 34: Flüchtlinge und Arbeitsmarkt in Bremen (3)?
Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 12. Juni 2024**

Die Anfrage wurde vom Fragesteller zurückgezogen.